



KEESA
Kampagne für
Entschuldung und
Entschädigung im
Südlichen Afrika

Rundschreiben 34 Februar 2026

- Green Colonialism - Tagungsbericht
- Gespräch mit Zacharia Grand und Ndaivei Garura
- Sambia: Bergbaukatastrophe im Copperbelt
- Mosambik: Hidden Debts und kriminelle Gasförderung
- G20 - Südafrika zeigt Mut zum Widerstand
- Hinweise

Green Colonialism Lithium Mining in Zimbabwe – Tagungsbericht

Am vergangenen 20. September organisierte die KEESA nach längerer Pause erneut eine ganztägige Veranstaltung in Basel. Sie widmete sich den Auswirkungen des boomenden Geschäfts mit «kritischen Mineralien» am Beispiel des Lithiumabbaus in Simbabwe, sowie Fragen zivilgesellschaftlicher Solidarität.

Die Tagung baute auf der Zusammenarbeit mit dem simbabwischen Centre for Natural Resource Gover-

nance ([CNRG](#)) auf, insbesondere auf dem auf der KEESA-Homepage veröffentlichten [Lithiumbericht](#). Die KEESA beschäftigt sich seit langem mit den Themen Bergbau und Rohstoffe, die im Kontext der Energiewende und aktueller geopolitischer Spannungen politisch wie auch gesellschaftlich relevanter denn je erscheinen.

Zu Beginn der Tagung zeigte **Anna-Sophie Hobi** (KEESA) auf, dass die Energiewende von einem

technologie- und profitorientierten Ansatz geprägt ist. Die Nachfrage nach Metallen wie Kobalt, Lithium oder Kupfer für Elektroautobatterien ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Der Abbau dieser Mineralien geht jedoch mit ökologischen und sozialen Auswirkungen einher, die, wie so oft, von ressourcenreichen Ländern des Südens getragen werden und bestehende wirtschaftliche Abhängigkeiten weiter zementieren. Dadurch entstehen neue Formen des sogenannten «grünen Kolonialismus». Was das genau bedeutet und wie diese Problematik angegangen werden



Zacharia Grand stellt die Lithium Studie vor.

Bild: KEESA

sollte, gingen die Referent*innen aus Simbabwe und Deutschland an.

In Simbabwe expandierte der Lithiumbergbau rapide seit 2017. Anhand von Shona-Sprichwörtern gab **Zacharia Grand** (CNRG) einen tiefen Einblick in die Situation in Simbabwe. Der Lithiumboom brachte tiefgreifende Veränderungen mit sich, führte zu massiven Landenteignungen, sozialen Spannungen, Umweltzerstörung und dem Verlust traditioneller Lebensweisen. Zahlreiche Probleme, wie etwa prekäre Arbeitsbedingungen, kulturelle Entwurzelung oder



Podium: Grundlegende Veränderungen sind nötig.

Bild: KEESA

fehlende Mitsprache, liessen sich auch nicht einfach quantifizieren. Grand verwies auf das shonasprachige Sprichwort «Chakafukidza dzimba matenga», welches versinnbildlicht, dass grundlegende Probleme oft hinter der Fassade von «grünem Wachstum» und «Entwicklung» verborgen bleiben. Grand zeigte zudem auf, dass lokale Eliten und schwache Rechtsdurchsetzung die Ausbeutung durch internationale, insbesondere chinesische Unternehmen erleichtern. Mit weiteren Shona-Sprichwörtern machte er deutlich, wie Gemeinschaften die Missstände interpretieren und Widerstand formulieren.

Ndaizivei Garura (CNRG) stellte anschliessend die Arbeit von CNRG vor. Die zivilgesellschaftliche Organisation hat über die letzten Jahre Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und stärkt betroffene Gemeinden darin, ihre Rechte einzufordern und gewaltfreie Strategien zur Durchsetzung ihrer Anliegen zu entwickeln. Dabei schult CNRG die Gemeinden in FPIC-Prinzipien, die freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent), ein von der UN festgelegtes Recht indigener Völker, organisiert Gespräche mit Politik und Unternehmen, und unterstützt Gemeinden bei rechtlichen Schritten. Trotz eines zunehmend eingeschränkten Handlungs-

spielraums in Simbabwe konnte die Organisation bereits konkrete Verbesserungen erreichen, darunter Infrastrukturmassnahmen in betroffenen Regionen.

Angesichts dieses Ungleichgewichts des «grünen Kolonialismus» plädiert die deutsche NGO PowerShift für eine gerechte Rohstoffwende. **Vanessa Fischer** ([PowerShift](#)) zeigte auf, was dafür notwendig ist: eine erhebliche Reduktion des Rohstoffverbrauchs im Globalen Norden sowie die konsequente Einhaltung höchster sozialer und ökologischer Standards im Rohstoffabbau und entlang der Lieferketten. Ohne eine deutliche Verringerung des enormen Material- und Energieverbrauchs seien weder wirksamer Klimaschutz noch globale Gerechtigkeit erreichbar.

In der Podiumsdiskussion, eingeleitet durch **Karin Mader**, wurde deutlich, dass bürokratische Businessstandards nicht genügen. Systemische Veränderungen und alternative Wirtschaftsmodelle seien nötig, wie beispielsweise die [Doughnut-Ökonomie](#). Mehrere Diskussionsteilnehmende betonten die Bedeutung globaler Solidarität, starker Zivilgesellschaften sowie verbindlicher Sorgfaltspflichten entlang der Lieferketten. Gleichzeitig verschärfe die geopolitische Konkurrenz, insbesondere die starke Präsenz chinesischer Unternehmen, bestehende Herausforderungen.

Die Tagung machte klar: Lithiumabbau ist mehr als ein Nebeneffekt der Energiewende. Die Konsequenzen zeigen die systemischen Ungleichheiten und globalen Verschiebungen auf, welche nebst verbindlichen internationalen Standards und der Einbindung der betroffenen Gemeinden auch ein grundlegendes Hinterfragen unseres Wirtschaftssystems bis hin zu einer radikalen Reduktion des Ressourcenverbrauchs im Norden verlangt. Partner*innen aus Simbabwe zeigten vor, wie Widerstand, Kreativität und gemeinschaftliche Resilienz auch unter schwierigen Bedingungen Wege zu mehr Gerechtigkeit weisen.



Auflockerung mit simbabwischem Essen.

Bild: KEESA

Zacharia Grand und Ndaizevi Garura über ihre Arbeit in Simbabwe

Es war toll euch an der Tagung dabei zu haben und wir sind dankbar für eure Inputs. Was ist euch von Basel geblieben?

Zacharia: Die Konferenz war sowohl intellektuell als auch emotional anspruchsvoll. Was mir besonders auffiel, war die Bereitschaft der Akademiker*innen und Aktivist*innen unseren einsamen Stimmen aus Simbabwe zuzuhören und sich den unangenehmen Realitäten der Energiewende zu stellen.

Ndaizevi: Ich mochte, dass viele im Publikum direkt verstanden, worum es uns ging und wovon wir sprachen, obwohl es eine gemischte Gruppe war. Das war wichtig für mich. Wir passten gut zusammen und ich hatte das Gefühl, dass wir so eine Verbindung aufbauen konnten.

Zacharia: Wir waren auch etwas stolz darauf, dass unsere simbabwischen Anliegen international diskutiert werden. Eine zentrale Erkenntnis für mich war die Wichtigkeit der transnationalen Solidarität: Advocacy darf nicht an nationalen Grenzen aufhören, wenn Entscheidungen in Europa die extraktiven Praktiken in Simbabwe definieren.

Zacharia, du hast mit CNRG am Lithiumbericht gearbeitet, wie wurde dieser dort aufgenommen?

Zacharia: Nach der Tagung in Basel organisierte CNRG einen Anlass in Harare mit Führungspersonen aus den Bergbaugemeinden. Sie meinten, unser Bericht würde «ihrem Schmerz eine Stimme geben», gerade in Bezug auf die Vertreibungen und den Verlust von Land. Das Feedback war aber nicht nur unkritisch. Einige forderten uns heraus weiterzugehen, direkter politische Forderungen zu stellen, rechtliche Schritte einzuleiten und Investoren zur Verantwortung zu ziehen. Wir werden den Bericht nun noch mehr als Advocacy-Werkzeug nutzen, sowohl in Simbabwe als auch international. Dass der Bericht internationale Verbindungen zwischen Europa, China und Simbabwe aufgreift, ist auch für zivilgesellschaftliche Beziehungen nützlich.

Wie führt ihr nun die zivilgesellschaftliche Arbeit zum Lithiumabbau weiter?

Zacharia: Internationale Solidaritätsnetzwerke aufzubauen ist dafür wichtig, nicht nur, um Verantwor-

tung einzufordern und Druck auf grosse Unternehmen auszuüben, sondern auch, um gemeinsam und vergleichend Forschung zu betreiben und afrikanische Perspektiven ernst zu nehmen.

Ich selbst werde eine «afrozentrische Kritik» in meinen Forschungspublikationen weiterverfolgen und mich für eine stärker afrikanisch-geprägte Governance und Politik einsetzen, die das eigene kulturelle Erbe berücksichtigt. Eine solche Perspektive sollte auch international grössere Aufmerksamkeit erhalten, um Formen des sogenannten «grünen Kolonialismus» entgegenzutreten.

Ndaizevi: Ich musste CNRG leider nach drei Jahren verlassen, da ich mit meiner Familie nach Sierra Leone ziehe. Das ist sehr schade, aber ich will



Ndaizevi Garura und Zacharia Grand an der Tagung.

Bild: KEESA

unbedingt in der Zivilgesellschaft, insbesondere im Bereich Natur, Umwelt und Ressourcen in irgendeiner Form weiterarbeiten. Ich liebe es mit den Communities zusammenzuarbeiten, weil man sich dann mit realen Problemen auseinandersetzt, für etwas einsteht und der eigene Einsatz Bedeutung hat. Die Arbeit der Zivilgesellschaft, gerade im Kontext der Energiewende und Lithium ist enorm wichtig und wird es bleiben. Während technologische Entwicklungen weitergetrieben werden und diese Ressourcen brauchen, sind die Communities zentral davon betroffen, auch wenn sie nicht immer beachtet werden. Die Zivilgesellschaft hat die Aufgabe, die Anliegen der Gemeinden ins Zentrum zu rücken, und die Unternehmen und Regierungen stets genau daran zu erinnern, dass diese Menschen Teil der Entwicklung sind und es immer sein sollen.

Bergbaukatastrophe im Copperbelt: Zwischen Verantwortung und Einfluss Chinas

Vor gut einem Jahr ereignete sich eine der wohl grössten Bergbau-Katastrophen Sambias, welche einen ganzen «Fluss über Nacht sterben liess», so die Associated Press. In Chambishi im sambischen

Noch ein halbes Jahr nach dem Ereignis bestand ein erhebliches Gesundheitsrisiko. Im August sprach die US-Regierung eine Warnung aus und forderte die umgehende Evakuierung ihres ganzen Per-

sonals aus dem von der Verschmutzung betroffenen Gebiet. Dies, obwohl die dafür verantwortliche chinesische Firma Sino-Metals, welche zum staatlichen China Nonferrous Metal Mining Groups (CNMC) gehört, sich bereits im Februar 2025 öffentlich entschuldigte, ein gründliches Clean-up und Kompensationen versprach, und versicherte, dass das Trinkwasser bereits wieder geniessbar sei.

Zu Kompensationen kam es tatsächlich, jedoch mit einem Ha-



Riesige Umweltzerstörung nach dem Bersten des Rückhaltebeckens.

Bild: countervortex

Copperbelt brach am 18. Februar 2025 ein Schlackendamm der Kupfermine von Sino-Metals, wodurch 50 Millionen Liter giftiger Minenschlamm in die umliegende Natur floss, auch direkt in einen Zufluss des Kafue Rivers. Der Kafue ist eines der grössten Flusssysteme Sambias und liefert Millionen von Menschen Trinkwasser und Lebensgrundlage.

Entsprechend hat die Verschmutzung lebensbedrohliche Folgen für Mensch und Natur. Sogenannte Tailing-Dämme enthalten Überreste der Kupfergewinnung und beinhalten unter anderem Schwermetalle wie Arsen, Quecksilber und Blei wie auch Kupfer, Kobalt und Eisen. Eine Studie der Copperbelt Universität dokumentierte Schwermetallgehalte im Wasser, in Sedimenten sowie in Pflanzen und Fischen weit über nationalen und internationalen Richtwerten. Zudem führte die Verschmutzung zu massiv übersäuerten Böden und Wasser. Beides hat weitreichende Folgen für Ökosysteme: Fische und andere Tiere starben und Pflanzen verwelkten, was zu Ernteverlusten führten. Ausserdem wurde die Wasserversorgung für die nahegelegene Stadt Kitwe unterbrochen. Verschmutzungen wurden gar noch 100 km flussabwärts gemessen und könnten über Jahre problematisch bleiben.

ken. Im Juli ordnete die sambische Regierung an, dass Sino-Metals 454 Bäuer*innen eine vorläufige Entschädigung zahlen müsse. Sie erhielten zwischen 17 und 2'000 US-Dollar, welche die Schäden an Vieh, Land und Ernten abdecken sollten. Laut Inside Climate News leistete Sino-Metals die Zahlungen nur gegen Unterzeichnung einer «Vereinbarung», mit der die Betroffenen auf ihr Recht zu klagen verzichteten.

Trotzdem haben nun Bäuerinnen eine 80 Millionen-Dollar-Klage gegen Sino-Metals im High Court of Zambia eingereicht. Die Kläger*innen argumentieren, dass die Bergbauunternehmen ihre verfassungsrechtlich garantierten Rechte auf Leben, Würde, Eigentum, eine gesunde Umwelt und den Zugang zur Justiz verletzt haben. Die Klage ist nicht nur eine der grössten Umweltschutzklagen in der sambischen Geschichte – die Verschmutzung soll über 300'000 Haushalte betreffen – sondern hat auch politische Bedeutung für ressourcenreiche Länder des globalen Südens und deren Beziehung zu China. Wie BBC schreibt, wird die Klage von einigen als Testfall dafür gesehen, wie weit afrikanische Staaten China für Fehlverhalten auf ihrem Territorium zur Verantwortung ziehen können

Sambia, wie viele afrikanische Länder, ist gegenüber China verschuldet und von dessen Krediten für Grossprojekte und Infrastruktur abhängig. Gemäss Reuters und Bloomberg ist China mit 5,7 Milliarden Dollar Sambias grösster Kreditgeber – allein der chinesischen Export-Import-Bank schuldet Sambia mehr als 4 Milliarden Dollar. Dies während chinesische Investments in sambische Bergbau- und Infrastrukturprojekte ausgebaut werden, unter anderen für die Tazara Eisenbahnlinie nach Tansania, Solarenergieproduktion, um den Ausbau der Kupfer und Kobaltproduktion auch logistisch zu ermöglichen. Dabei ist China nicht allein. Auch die westliche (EU und USA) wie auch arabische Konkurrenz positionieren sich strategisch mit Investitionen, um den Zugang zu sogenannten «kritischen» Rohstoffen zu sichern und mit China zu konkurrieren. Die Regierung Sambias möchte die Kupferproduktion bis 2031 um fast das Vierfache steigern.

Gleichzeitig ist der Sino-Metals-Fall, obwohl mit Abstand der katastrophalste, einer von mehreren Bergbauunfällen im Jahr 2025: Zwei chinesisch geführte

Bergwerke, Rongxing Investments und Ozone, sowie das britisch-geführte Mimbula-Bergwerk wurden der chemischen Umwelt- und Wasserverschmutzung durch Säure und Bergbauabfälle beschuldigt.

Mit der steigenden Bergbauproduktion und zunehmenden internationalen Interessen nimmt die Belastung auf die Umwelt und die Lebensgrundlagen der Menschen zu. Der Fokus bleibt auf der wirtschaftlichen Ausbeutung der Ressourcen. Trotz jahrelangem Druck auf die Einführung von Lieferkettengesetzen, der Achtung von Menschenrechten und der Einhaltung von Umweltstandards werden diese Themen durch die Politisierung und internationale Konkurrenz um Rohstoffe immer wieder vernachlässigt. Gleichzeitig reichen die Kapazitäten lokaler Behörden kaum aus, um angemessen auf Unfälle zu reagieren. Dies war in Sambia im letzten Jahr besonders deutlich zu beobachten. Die Bevölkerung nimmt dies jedoch nicht ohne Widerstand hin. Ob dieser gross genug ist, um die Bergbauunternehmen zur Verantwortung zu ziehen, wird sich am Gerichtsfall von Sino-Metals zeigen.

Mosambik: Hidden Debts und kriminelle Gasförderung

2013 gewährte die Credit Suisse (CS) Mosambik einen Kredit von über einer Milliarde US-Dollar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung des mosambikanischen Parlaments einzuholen. Als die geheim gehaltenen Kredite 2016 publik wurden, stürzte das Land in eine schwere Krise: Internationale Geldgeber stoppten ihre Zahlungen, Mosambik wurde zahlungsunfähig, und die Bevölkerung trägt bis heute die Folgen. Eine unabhängige Untersuchung zeigte später, dass das Geld vollständig an die Firma Privinvest floss und rund 200 Millionen US-Dollar Schmiergelder an CS-Banker*innen und Regierungsvertreter*innen in Mosambik gingen. Während Verfahren in den USA und Grossbritannien bereits liefen, blieb die Schweiz lange untätig.

Klage gegen Credit Suisse

Am 1. Dezember 2025 hat die Bundesanwaltschaft nun Anklage erhoben: Sie richtet sich gegen eine ehemalige Compliance-Mitarbeiterin der Credit Suisse wegen des Verdachts der Geldwäscherei. Konkret geht es um rund 7,86 Millionen US-Dollar, die vom mosambikanischen Wirtschafts- und Finanzministerium an eine Firma überwiesen wurden, die mutmasslich in die Vorgänge verwickelt war. Die Zahlungen wurden als Gegenleistung für Dienstleistungen deklariert. Gemäss Anklageschrift handelt es sich jedoch wahrscheinlich um Bestechungsgelder. Der Credit Suisse und ihrer Nachfolgerin UBS wirft die

Bundesanwaltschaft zudem vor, die mutmassliche Straftat aufgrund organisatorischer Mängel nicht verhindert zu haben.

Seit 2017 verfolgt die KEESA den Skandal und unterstützt die Forderung mosambikanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen nach Schuldenerlass – trotz geringem öffentlichen Interesse und mangelnder politischer und institutioneller Reaktion ([siehe www.keesa.ch](https://www.keesa.ch)). Thomas Kesselring kommentiert den Fall regelmässig im [Infosperber](https://www.infosperber.ch).

TotalEnergies in Frankreich wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen angeklagt

Die oben erwähnten Kredite sollten unter anderem dazu dienen, in Mosambik nach der Entdeckung der riesigen Gasvorkommen, teils offshore, ein Küstenschutzprojekt mit dazugehöriger Flotte aufzubauen. Einer der am stärksten in das mosambikanische Gasprojekt involvierten Konzerne ist TotalEnergies France. Nach Ansicht des European Center for Constitutional and Human Rights ([ECCHR](https://www.ecchr.eu)) trägt TotalFrance dabei eine Mitschuld an schwersten Menschenrechtsverletzungen, wie der gekürzte Beitrag von ECCHR aufzeigt:

Seit 2017 ist Cabo Delgado Schauplatz eines anhaltenden Konflikts. Die nichtstaatliche bewaffnete Gruppe Al-Shabab hat Dörfer angegriffen und Hunderttausende zur Flucht gezwungen. Inmitten



Mosambik: Reichtum dank Gasvorkommen - kaum Zukunft für die Menschen.

Bild: furtherafrica

dieses instabilen Umfelds befindet sich das Mosambik-LNG-Projekt von TotalEnergies, eines der grössten Gasprojekte Afrikas. Für die lokale Bevölkerung hat die Entwicklung des Projekts zu Vertreibung, Gewalt und ständiger Unsicherheit geführt.

Nach einem Angriff der bewaffneten Gruppe Al-Shabab auf die Stadt Palma im April 2021 soll die mosambikanische Armee – darunter Mitglieder der von TotalEnergies unterstützten Gemeinsamen Einsatztruppe (Joint Taskforce, JTF) – zwischen Juli und September 2021 dutzende Zivilist*innen willkürlich in Metallcontainern am Eingang der Anlage festgehalten haben. Die Betroffenen waren vor Angriffen von Al-Shabab aus ihren Dörfern geflohen, als sie von der Armee aufgegriffen wurden. Den Vorwürfen zufolge wurden die Inhaftierten gefoltert, sind spurlos verschwunden oder wurden hingerichtet. An dem Vorfall – dem «Container-Massaker» - sollen Mitglieder der JTF beteiligt gewesen sein.

Im November 2025 erstattete das ECCHR in Frankreich Strafanzeige gegen TotalEnergies wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen, Folter und gewaltsamen Verschwindenlassen. Im Mittelpunkt steht die Rolle des Öl- und Gaskonzerns bei der direkten Unterstützung der JTF.

Die JTF entstand 2020 im Rahmen eines Memorandums zwischen der mosambikanischen Tochtergesellschaft von TotalEnergies und der Regierung. Durch diese Vereinbarung stellte das Unternehmen Unterkunft, Verpflegung, Ausrüstung und Soldatenprämien bereit – eine Unterstützung, die trotz Kenntnis systematischer schwerer Menschenrechtsverletzungen fortgesetzt wurde.

Interne Dokumente belegen, dass TotalEnergies bereits seit Mai 2020 von Berichten über Gewalt gegen Zivilist*innen durch die mosambikanischen Streitkräfte wusste, die JTF jedoch weiterhin unterstütz-

te. Die einzige Schutzmassnahme bestand darin, Prämien zurückzuhalten, falls Soldaten Menschenrechtsverletzungen begingen – ein Mechanismus, der offenbar versagte.

Die Vorwürfe wurden erstmals im September 2024 von internationalen Medien, darunter Politico, SourceMaterial und Le Monde, öffentlich gemacht, woraufhin Ermittlungen eingeleitet wurden. 2025 gab der Generalstaatsanwalt Mo-

sambiks bekannt, dass ein Strafverfahren zu den Vorwürfen eröffnet wurde. Auch die Regierungen Grossbritanniens und der Niederlande, die Exportfinanzierungen für das LNG-Projekt bereitstellen, haben Berichten zufolge eigene Untersuchungen eingeleitet. In Europa wurde bislang jedoch keine gerichtliche Untersuchung zur Rolle von TotalEnergies eröffnet.

Unternehmen in Konfliktgebieten sind keine neutralen Akteure. Wenn sie Sicherheitskräfte finanzieren, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, können sie sich der Beihilfe schuldig machen. Es gibt Präzedenzfälle für die strafrechtliche Verantwortung von Unternehmen: Der Fall Lafarge führte 2018 in Paris zu Anklagen wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien. In Schweden stehen zwei ehemalige Führungskräfte des Ölkonzerns Lundin wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen durch das sudanesisische Regime vor Gericht.

Das sind die grössten «Schurken» von Davos

«Kriegsherren und Autokraten geben sich am WEF die Klinke in die Hand. Dass sie Wahlen fälschen und Menschen misshandeln lassen, scheint in Davos kaum jemanden zu interessieren. (.....)

Vor gut einem Jahr kam in Moçambique nach offensichtlich gefälschten Wahlen Daniel Francisco Chapo an die Macht. Auch er ist für Massaker verantwortlich, die ihm trotz massiver Proteste seine Macht sicherten. Die Sicherheitskräfte reagierten auf die landesweiten Demonstrationen genauso wie im Iran häufig mit scharfer Munition, töteten Hunderte und verwundeten Tausende. Seit einem Jahr ist er daran, sich zu legitimieren. Der diesjährige WEF-Besuch ist der bisherige Höhepunkt.»

TA-online, 21.01.2026

G20 in Johannesburg: Südafrika zeigt Mut zum Widerstand

Eine Klage gegen Israel beim Internationalen Strafgerichtshof, die prinzipienfeste Durchführung des G20-Gipfels und jetzt die Einberufung des UN-Sicherheitsrates aufgrund der amerikanischen Aggression gegen Venezuela: die südafrikanische Regierung lässt sich nicht einschüchtern, obwohl der Druck, dem das Land ausgesetzt ist, gross und die Konsequenzen schwerwiegend sind.

Südafrika gehört der Gruppe der G20 seit ihrer Gründung im Jahr 2008 an. Die informellen Treffen der wichtigsten Industrie- und Schwellenländern sollen dazu beitragen, Lösungen für weltweite Herausforderungen zu finden. 2025 übernahm Südafrika den Vorsitz von Brasilien und stellte das Treffen unter die Leitwerte: Solidarität, Gleichheit und Nachhaltigkeit. Unter südafrikanischer Führung legten die Vorbereitungstreffen die Schwerpunkte des Gipfels fest: Die dramatische Verschuldung und die daraus folgende untragbar hohe Schuldenlast einer wachsenden Zahl von Ländern, die Auswirkungen der Klimaveränderung vor allem auf die Länder des Globalen Südens, sowie die Notwendigkeit, für diese Herausforderungen gerechte, solidarische Lösungen zu finden.

Mit dieser Agenda konnten sich die USA nicht anfreunden. Der Konflikt spitzte sich zu, als Trump im Mai den südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa während dessen Besuch im Weissen Haus mit der grotesken Beschuldigung angriff, in Südafrika finde ein Genozid an der weissen Bevölkerung statt.

Zur Erinnerung: Im Umfeld des amerikanischen Präsidenten gibt es einflussreiche Einflüsterer mit Wurzeln in Apartheid-Südafrika. Zudem ist Trump selbst ein entschiedener Verfechter weisser Vorherrschaft. Es endete mit dem Boykott der USA, die dem Gipfel vom 20. bis 21. November in Johannesburg fernblieben. Sie versuchten zudem erfolglos, andere Staaten von der Teilnahme abzuhalten, und «verboten» die Verabschiedung einer Schlusserklärung. Die am Gipfel teilnehmenden Staaten, darunter auch europäische, verabschiedeten jedoch eine 122 Punkte umfassende Deklaration einstimmig mit der Gegenstimme Argentiniens. Angesichts des enormen Drucks auf das Treffen muss dies als Erfolg der geschickt agierenden südafrikanischen Diplomatie gewertet werden.

Die südafrikanische Regierung hat Rückgrat und Selbstrespekt gezeigt und auf dem Recht beharrt, selbst über ihre Politik und Werte zu bestimmen. Damit gelang es Südafrika, eines der ersten internationalen Zeichen gemeinsamen Widerstands gegen die Bullying-Politik Trumps zu setzen. Allerdings hat die mutige Haltung auch Konsequenzen: Südafrika wird von einer Neuauflage von AGOA (African Growth and Opportunity Act) ausgeschlossen und seine Exporte in die USA werden mit Zöllen von 30% belegt. Von der Teilnahme am nächsten G20-Gipfel, der unter amerikanischem Vorsitz in Miami stattfinden soll, bleibt Südafrika ausgeschlossen.



Eine tolle Botschaft und Herausforderung für die Zukunft.

Bild: inyourpocket

Hinweise



Forschungsbericht

Zusammen mit der simbabwischen NGO *Centre for Natural Resource Governance* (CNRG) hat die KEESA eine Studie zu den Auswirkungen des Lithiumabbaus in Simbabwe in Auftrag gegeben.

Der Schlussbericht dokumentiert die weitreichenden Folgen der Expansion des Lithiumsektors: Umsiedlungen,

Umweltzerstörung, ungleiche Machtverhältnisse und Bereicherung.

Der deutsche Bericht findet sich auf der [KEESA-Homepage](https://www.keesa.ch/).

Afrikanische Themen per Blog

Im Dezember 2024 hat das Afrika-Komitee das Erscheinen des Afrika-Bulletins eingestellt, was die KEESA sehr bedauerte, weil damit die spärliche mediale Berichterstattung zu Afrika noch stärker ausgedünnt wurde. Es freut uns nun umso mehr, mitteilen zu können, dass das Afrika-Komitee vor kurzem damit begonnen hat, in unregelmässigen Abständen Ereignisse und Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent zu kommentieren, einzuordnen und Sichtweisen und Perspektiven aus afrikanischer Sicht darzustellen. Das Afrika-Komitee kann sich dabei auf das während vieler Jahre zusammengetragene Wissen und seine Kontakte zu afrikanischen Akteur*innen stützen.

Der Blog findet sich auf www.afrikakomitee.ch. Interessierte werden per e-mail auf die Veröffentlichungen hingewiesen (info@afrikakomitee.ch).



Reichtum, der arm macht

Die neueste Ausgabe (Nr. 79) von «Zimbabwe im Fokus» geht im Schwerpunkt «Zimbabwes Extraktionswirtschaft und ihre Schattenseiten» auf die Lithium-Produktion in Simbabwe ein.

Simone Knapp (WÖK / KASA) berichtet von der KEESA-Tagung. Anhand der Tagungsbeiträge von Ndaizevi Garura und Zacharia Grand weist sie vor allem auf die problematischen Seiten des «Lithiumrausch in Simbabwe» hin.

Wie konfliktiv die Lithiumgewinnung ist, wird in einem weiteren Beitrag anhand der chinesischen Bikita-Mine und der Wassernutzung aus dem Matezva-Stausee ausgeführt. Extensive Wassernutzung und die Verschmutzung des Sees bedrohen die Existenzgrundlagen der Menschen, die um und vom See leben.

«Lehren aus Chinas Wettlauf um Zimbabwes Lithiumreserven» thematisiert die Konflikte zwischen den handwerklichen Kleinbergleuten und chinesischen Bergbauunternehmen. Es müsste ein Gleichgewicht zwischen ausländischen Direkt-

investitionen, Einbezug der lokalen Bevölkerung und der direkteren Verarbeitung der Mineralien vor Ort gefunden werden.

Die Publikation findet sich unter: www.zimbabwe-netzwerk.de

Mitarbeit an diesem Rundschreiben:

Aurora García, Anna-Sophie Hobi, Daniela Lilja, Rita Kesselring, Barbara Müller, Urs Sekinger

KEESA, Postfach 195, 4005 Basel
info@keesa.ch www.keesa.ch

Auch wenn die Arbeit der KEESA grösstenteils ehrenamtlich geleistet wird, ist die KEESA immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen!

**PC 30-494115-9
IBAN CH82 0900 0000 3049 4115 9**